



Solarwirtschaft kritisiert Speicher-Lücke im Versorgungssicherheitsbericht

Berlin, 04.09.2025: Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) begrüßt, dass der jüngst veröffentlichte Versorgungssicherheitsbericht der Bundesnetzagentur (BNetzA) klar die Bedeutung eines schnellen Ausbaus der Solar- und Windenergie für das Erreichen der Klimaziele und auch für die Versorgungssicherheit unterstreicht. Die Interessenvereinigung der Solar- und Batteriespeicherbranche bemängelt jedoch, dass in dem Bericht die Potenziale von Batteriespeichern für die Versorgungssicherheit nicht hinreichend berücksichtigt wurden und fordert daher seine Überarbeitung. Andernfalls würden teure politische Fehlentscheidungen zur Errichtung fossiler Gaskraftwerke riskiert und die Klimaziele gefährdet. Die Bundesnetzagentur kalkuliert bis 2035 mit einem zusätzlichen Bedarf an steuerbarer Kraftwerksleistung in Höhe von 22,4 Gigawatt, um die Versorgungssicherheit am Strommarkt zu gewährleisten.

In der BNetzA-Pressemitteilung zur Vorstellung des Monitoringberichts zur Versorgungssicherheit heißt es zwar: „Speicher werden eine immer wichtigere Funktion einnehmen. Schon heute können sich besonders Batteriespeicher im Strommarkt refinanzieren, wie die aktuelle Ausbaudynamik beweist. In bestimmten Marktsituationen können Speicher den Bedarf an zusätzlichen Kraftwerkskapazitäten reduzieren.“ Die Bundesnetzagentur habe in ihrem aktuellen Versorgungssicherheitsbericht die Potenziale von Batteriegroßspeichern unzureichend und an der realen Entwicklung vorbei modelliert – und damit eine zentrale Realität der Energiewende ausgeblendet, so die Kritik des BSW-Solar. Die Autoren des Versorgungssicherheitsberichts haben dies in der Zusammenfassung sogar bestätigt.

Dazu erklärt der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft Carsten Körnig: „Während Netzbetreiber bereits heute Zusagen für viele Gigawatt an Speicherkapazitäten erteilt haben und bundesweit Anschlussanfragen in dreistelliger Gigawatt-Höhe vorliegen, bleibt der Bericht bei den Zahlen von gestern stehen und geht sogar realitätsfern von einem Rückbau stationärer Batteriespeicher aus. Ein Versorgungssicherheitsbericht, der die Großspeicher systematisch unterschlägt, liefert kein tragfähiges Fundament für politische Entscheidungen über Kraftwerkszubau oder Kapazitätsmärkte.“

Der Verband fordert eine Überarbeitung des Versorgungssicherheitsberichts unter Einbeziehung realer Speicherentwicklungen und aktueller Netzzusagen. Notwendig sei eine transparente Methodik, die Batteriespeicher, Flexibilität und andere innovative Technologien gleichberechtigt berücksichtigt. Notwendig sei auch ein „klarer Fahrplan, wie Speicher systematisch in die Versorgungssicherheitsanalysen integriert werden, um Vertrauen in die energiepolitischen Weichenstellungen zu schaffen. Nur wenn die Speicher realistisch modelliert werden, können belastbare Aussagen über den künftigen Bedarf an Kraftwerken und Versorgungssicherheit getroffen werden“, so Körnig.

Von der Bundesregierung fordert der Bundesverband Solarwirtschaft, Marktbarrieren für den Speicher-Ausbau nunmehr zügig abzubauen, wie es auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

PRESSEKONTAKT/
REDAKTIONELLE
RÜCKFRAGEN:

Bundesverband
Solarwirtschaft e. V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

presse@bsw-solar.de
Tel.: 030 29 777 88 30

www.solarwirtschaft.de